



Feministische Friedenspolitik: Finanzierung langfristig sichern

Die Welt steht in Flammen. Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaat werden durch autoritäre Kräfte offen angegriffen. Die internationale Ordnung verändert sich grundlegend. Diese Machtverschiebung wird auf dem Rücken der Schwächsten ausgetragen. Die Kriegstreiber dieser Welt verstricken sich zunehmenden in gewaltsamen geopolitischen Konfrontationen, zugleich bauen sie die Entwicklungszusammenarbeit ab. Aufrüstung und der Abbau globaler Solidarität führen zu einer gefährlichen Negativspirale, in der nur das Recht des Stärkeren zählt. Auch in der Schweiz sehen wir, wie Menschenrechte zunehmend in Zweifel gezogen und finanzielle Mittel für die internationale Zusammenarbeit gekürzt werden. Dabei braucht es gerade jetzt eine mutige und solidarische Schweiz, die ihrer humanitären Tradition verpflichtet bleibt und sich entschieden für Frieden, Abrüstung, Menschenrechte, Demokratie und gegen Willkür und Eskalation einsetzt.

Der Begriff der militärischen Sicherheit dominiert zunehmend den aktuellen politischen Diskurs und dient auch als Herrschaftsinstrument. Als Schlagwort wird er immer mehr dazu genutzt, Gewalt zu legitimieren, Gruppen auszugrenzen, Repressionen zu rechtfertigen und die Prioritäten staatlichen Handelns zu verschieben. Wer das Privileg gesellschaftsrelevanter Sicherheit besitzt, profitiert, während Frauen und Minderheiten an den Rand der Gesellschaft gedrückt werden. Tatsächlich schafft die militaristische Rhetorik nicht weniger, sondern mehr Gewalt – die vermeintliche Sicherheit der einen wird zur Rechtfertigung von Übergriffen auf andere. Militärische Aufrüstung und Verteidigungspolitik verdrängen das Ziel des Friedens von der politischen Agenda und schwächen zivile Friedensbemühungen. Es ist deshalb zentral, Frieden als Vision und Leitbegriff für die kollektive Sicherheit von allen wieder aktiv gestärkt wird.

Gerade in einer Zeit der globalen Aufrüstung und des Backlashs bei Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie braucht es verstärkte politische Bestrebungen für ein friedliches Miteinander durch die Stärkung des Multilateralismus und die Förderung von Rüstungskontrolle, Abrüstung und der nachhaltigen Entwicklung. Wer sich nicht mehr traut, einen positiven Begriff von Frieden in die öffentliche Debatte einzubringen, verliert die Möglichkeit auf positiven Wandel. Utopien sind keine weltfremden Fantasien, sondern dringend notwendige Gegenentwürfe. Sie zeigen, dass eine gerechtere und friedliche Gesellschaft für alle kein Luxus, sondern unsere moralische Pflicht ist. Nur wenn wir Frieden wieder offensiv als politischen Leitbegriff setzen, eröffnen wir den Raum für Veränderung.

Unser Widerstand gegen Gewalt, Autoritarismus und den Abbau demokratischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen muss im Kern feministisch sein. Feministischer Frieden bedeutet weit mehr als die bloße Abwesenheit bewaffneter Konflikte. Gefordert ist eine Gesellschaft ohne strukturelle Gewalt – ohne Sexismus, ohne Rassismus und ohne soziale Ausgrenzung. Dabei müssen wir Macht- und Gewaltverhältnisse konsequent aus einer Geschlechter- und Gerechtigkeitsperspektive hinterfragen und politische Prioritäten danach auszurichten, wie sie das Leben derjenigen verbessern, die am stärksten von Gewalt und Ausgrenzung betroffen sind.

Feministische Friedenspolitik bedeutet, Sicherheit als Ergebnis von Gerechtigkeit, Teilhabe und Menschenrechten zu verstehen – nicht als primär militärische Aufgabe. Nachhaltiger Frieden entsteht durch zivile Konfliktlösung, Gewaltprävention, Opferhilfe und die Stärkung des Rechtsstaats. Frauen und andere marginalisierte Gruppen müssen aktiv und gleichberechtigt in alle Phasen von Friedensprozessen, Konfliktprävention und Wiederaufbau einbezogen werden. Die Förderung von Friedensbildung, Demokratiekompetenz und Antidiskriminierung in Bildung, faire Löhne und Gleichstellung in der Wirtschaft, Zugang zu Gesundheits- und Traumaversorgung, Schutz vor Hassrede und digitaler Gewalt sowie Klimagerechtigkeit sind zentrale Voraussetzungen für eine umfassende Friedenspolitik. Deshalb muss sich die Schweiz für eine starke Zivilgesellschaft, transparente Institutionen und die Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen einsetzen. Damit die Schweiz hier eine aktive Rolle einnehmen kann, braucht es ausreichende finanzielle Ressourcen. Genau dieses Engagement ist heute wichtiger denn je.

Angesichts des Wegfalls der Mittel von USAID und anderen internationalen Entwicklungsgeldern geraten Millionen Menschen direkt in existenzielle Notlagen, zahlreiche soziale und humanitäre Projekte stehen vor dem Aus. In dieser Situation muss die Schweiz als reiches Land ihre internationale Verantwortung wahrnehmen und Friedenspolitik aktiv gestalten, statt sich auf militärische Verteidigung und Aufrüstung zu konzentrieren. Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und Friedensförderung dürfen keinesfalls abgebaut, sondern müssen als zentraler Pfeiler einer glaubwürdigen und aktiven Aussen- und Sicherheitspolitik gestärkt werden. Als Standort des internationalen Genfs als globales Zentrum der Vernetzung besitzt die Schweiz eine besondere Ressource und Verpflichtung, weltweit Standards für Frieden und Menschenrechte einzufordern und zu setzen sowie die Staatengemeinschaft zur Erhöhung ihrer Entwicklungsinvestitionen zu ermutigen. Solidarische Kollaboration über nationale Grenzen hinweg und gefestigte internationale Netzwerke sind die Basis, um nachhaltige Perspektiven für Armuts- und Gewaltbetroffene zu schaffen und der Krisenspirale entgegenzuwirken.

Die SP Schweiz fordert, dass die Schweiz ihren internationalen Zusagen und ihrem verfassungsmässigen Auftrag zur Reduktion von Not und Armut, der Förderung von Demokratie und Menschenrechten endlich nachkommt und 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) für die Entwicklungsfinanzierung und die Friedensarbeit aufwendet und absichert. Zusätzlich muss die Schweiz ihren internationalen Verpflichtungen gemäss dem Pariser Klimaabkommen zur Klimafinanzierung nachkommen, anstatt diesen Beitrag immer weiter hinauszuschieben. Insgesamt muss die Schweiz unmittelbar 1 Prozent ihres BNE für die internationale Zusammenarbeit und die internationale Klima- und Biodiversitätsfinanzierung ausgeben. Nur durch langfristige und verlässliche Investitionen kann die notwendige Friedensarbeit, Entwicklungszusammenarbeit und bedarfsgerechte humanitäre Hilfe gewährleistet werden.

Frieden bedeutet nicht nur die Abwesenheit von Krieg, sondern die aktive Gestaltung von gerechten politischen, sozialen und ökologischen Verhältnissen, die Gewalt vorbeugen und langfristige Stabilität ermöglichen. Nicht nur die Absenz von Krieg, sondern auch die Präsenz von Frieden verdient Investition.